



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Europäische Förderung der Regionalentwicklung und Landwirtschaft erhalten und möglichen Ausfall kompensieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Beratungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 auf Europaebene einzusetzen, dass der Umfang der bisher zur Verfügung stehenden Mittel für die Regionalentwicklung und Landwirtschaft in Bayern möglichst vollumfassend erhalten bleibt.

Sollten in diesen beiden Bereichen Kürzungen mit Auswirkungen auf Bayern unumgänglich sein, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für europarechtskonforme Maßnahmen zur Kompensation der Ausfälle auf nationaler und regionaler Ebene einzusetzen.

Begründung:

Die Förderung der Regionalentwicklung und unserer kleinstrukturierteren Landwirtschaft liegt im bayerischen Interesse. Die vorliegenden ersten Vorschläge der Europäischen Kommission für den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 können zu erheblichen und nicht hinnehmbaren Kürzungen in beiden Bereichen führen. Angesichts einer Gemengelage, die geprägt ist von dem bevorstehenden Brexit, mehreren Regierungen der Mitgliedstaaten mit grundsätzlich ablehnender Haltung gegenüber einer Erhöhung des EU-Haushalts und gleichzeitig neuen wichtigen Herausforderungen wie dem gemeinsamen Grenzschutz, der Innovationsfähigkeit und der Digitalisierung, wird es ein schwieriges bis unmögliches Unterfangen, die Kürzungen vollständig abzuwenden. Deshalb wird die Staatsregierung gleichzeitig aufgefordert, europarechtskonforme Lösungen für eine Kompensation im Fall eines Fördermittelausfalls auf nationaler und regionaler Ebene zu suchen, wie von Ministerpräsident, Dr. Markus Söder, bei der jüngsten Brüsselreise angekündigt („Wir wollen dafür sorgen, dass es auf jeden Fall so bleibt, dass entsprechende Zahlungen bleiben, möglicherweise durch Ergänzungen, die wir dann vornehmen werden“).